



NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Eschwege
am 07.11.2018**

Sitzungsnummer: v.-Ver/048/2018

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Claus Hamp	
-----------------	--

CDU-Fraktion

Herr Lars-Henning Bartels	
Frau Leonie Bierent	
Herr Dr. Manfred Bödicker	
Frau Angelika Knapp-Lohkemper	
Herr Dennis Moneke	
Herr Dr. Hans-Henning Peters	
Frau Elisa Rabe-Bartels	
Herr Jörg Rüppel	
Frau Susanne Rüppel	
Herr Michael Schmidt	
Herr Stefan Schneider	
Frau Annegret Schröter	
Herr Klaus Wolf	

SPD-Fraktion

Herr Ramiz Arifi	
Herr Markus Claus	
Herr Alexander Feiertag	
Herr Stefan Fiege	
Herr Jörg Heinz	
Herr Knut John	
Frau Gabriele Kniese	
Herr Joachim Lorchheim	
Herr Karl Montag	
Herr Thomas Reyer	

Frau Jacqueline Stolle	
Herr Marcus Stolle	
Frau Petra Strauß	

FWG-Fraktion

Herr Jochen Grüning	
Herr Jürgen Häcker	
Herr Andreas Hölzel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Vanessa Grauer	
---------------------	--

Fraktion Die Linke

Herr Bernhard Gassmann	
Frau Erika Rebbig-Kosir	

FDP-Fraktion

Frau Jutta Thiele	
Herr Klaus Volkmar	

Mitglieder des Magistrats

Herr Berthold Diegel	
Herr Heinz-Jürgen Gathmann	
Herr Thomas Große	
Herr Stefan Happel	
Herr Alexander Heppe	
Herr Markus Matejka	
Frau Heidrun Ott	
Herr Theodor Sternal	

Ortsvorsteher

Herr Rainer Bick	
Herr Matthias Herzog	
Herr Walter Hoefel	
Herr Georg Hofmann	
Herr Thomas Rehbein	

Schriftführer/in

Herr Volker Jatho	
-------------------	--

von der Verwaltung

Frau Rebecca Herzog-Meister	
-----------------------------	--

Entschuldigt:**CDU-Fraktion**

Herr Ortwin Ludwig	
--------------------	--

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Siegfried Fiegenbaum	
---------------------------	--

Mitglieder des Magistrats

Frau Patricia Hölzel	
----------------------	--

Ortsvorsteher

Herr Jürgen Gonnermann	
------------------------	--

Vorsitzende/r des Ausländerbeirates

Herr Washa Beroschwili	
------------------------	--

Beginn der Sitzung:**19:00 Uhr****Ende der Sitzung:****20:49 Uhr**

Herr Stv.-V. Hamp begrüßt alle Mandatsträger/-innen, Gäste und die Presse.

Herr Stv.-V. Hamp trägt vor, dass Herr Stv. Fiegenbaum für den zurückgetretenen Stv. Dietrich nachrückt.

Stv. Fiegenbaum ist für den heutigen Abend allerdings krankheitsbedingt entschuldigt und Herr Stv.-V. Hamp wünscht eine gute Besserung. Eine Einführung erfolgt dann in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Anschließend gratuliert er allen Mandatsträgerinnen/Mandatsträgern, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.

Herr Stv.-V. Hamp weist darauf hin, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Hinweisbekanntmachung am 03.11.2018 in der Werra-Rundschau erfolgte.

Das Protokoll vom 18.10.2018 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 19, Nein: 15, Enthaltungen: ---

Stv. Gassmann gratuliert Stv. John zum Einzug in den Hessischen Landtag. Stv.-V. Hamp erklärt, dass bereits viele andere, so auch er, Herrn Stv. John ebenfalls gratuliert hätten.

Der Tagesordnung wird in der vorliegenden Form zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 35, Nein: ---, Enthaltungen: ---

Somit lautet die Tagesordnung wie folgt:

Folgende Tagesordnungspunkte wurden behandelt:

TOP	Titel
1.	Eschweger Maßnahmenbündel zum Erhalt der Wasserqualität des Werratalsees sowie Jahresbericht Monitoring Dr. Wolter und Institut Dr. Nowak Vorlage: 2018/0181/SVV 6
2.	Gemeinsamer Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion betr. Ankauf der Bibliothek von Hans-Heinrich (Henner) Koch Vorlage: 2018/0182/SVV 21
3.	Magistratsbericht 22
4.	Anregungen..... 23

**1. Eschweger Maßnahmenbündel zum Erhalt der Wasserqualität des Werratalsees sowie Jahresbericht Monitoring Dr. Wolter und Institut Dr. Nowak
Vorlage: 2018/0181/SVV**

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3, Fachbereich 3.1, Fachbereich 3.2

Im Laufe der Diskussion wird von Stv. Montag beantragt, diesen wichtigen Tagesordnungspunkt als Wortprotokoll auszuführen, was von Stv.-V. Hamp so genehmigt wird.

Bgm. Heppe:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats, sehr geehrte Vertreter der Presse, verehrte Gäste, am 18.12.2017 beauftragte der Magistrat Herrn Dipl.-Ing. Köhler mit der Projektsteuerung und dem Projektmanagement hinsichtlich der Thematik „Verbesserung der Wasserqualität des Werratalsees“. Herr Köhler hat bereits die Vorprüfungen zu einer möglichen Dammabdichtung durchgeführt. Er übernahm die Steuerung der informellen Projektgruppe Werratalsee im Januar 2018 und begann sogleich mit der Arbeit.

Es wurden bereits viele Gutachten beauftragt, wo man dann zu dem Punkt kam, ja werdet ihr Euch doch vor Ort erst mal einig, was ihr überhaupt wollt. Wir haben über Jahre hinweg eine Vielzahl an Gutachten geschrieben. Darüber wurde bereits berichtet.

Macht nichts. Aber das ist so im Prinzip wie beim Arzt auch, bevor man in eine Therapie geht, muss man vorher untersucht werden. Und bei Dingen, die besonders groß sind und komplex, kann das mitunter länger dauern, als man das eigentlich wollte. Wir haben aber in den letzten Jahren einen erheblichen Erkenntnisgewinn gehabt am See. Wir haben bei den unterschiedlichen Untersuchungen auch verschiedene Maßnahmen, die uns vorgeschlagen worden sind, und haben dann auch auf Anregung aus der Stadtverordnetenversammlung heraus einmal sämtliche Maßnahmen zusammentragen lassen. Wir haben das in einem begleiteten Prozess gemacht. Eine Arbeitsgruppe aus der Verwaltung hat mit einer externen begleiteten Moderation und unter Zuhilfenahme der wissenschaftlichen Begleitung, dem Herrn Dipl. Ingenieur Köhler und dem Herrn Dr. Wolter aus Wiesbaden, der das Gewässermonitoring macht für uns, diese Maßnahmen gesichtet, haben sie in einer Matrix aufgelistet, haben verschiedene Ziele dort mit eingebracht und geschaut, welche dieser Maßnahmen am ehesten zur Zielerreichung geeignet sind. Am Ende hat man das Ganze dann mit Kosten verschnitten, diese Kosten dann einer Zeitspanne unterworfen und am Ende kam dann eine Punktwertung raus. Diese Punktwertung haben wir nicht eigenmächtig und selbstherrlich gemacht, sondern streng wissenschaftlich begleitet und vor allen Dingen, das ist mir ganz besonders wichtig, heute Abend zu betonen, im Zusammenwirken mit den übrigen Seenutzern, das heißt die Angel- und Sportvereine, Campingplatz und wer alles dort am See im Prinzip „Aktien hat“, der Ruderverein, die Segler. Die waren alle an diesem Prozess beteiligt. Wir haben ihnen in einem Auftaktgespräch diese Matrix, die Maßnahmen, das alles erläutert, haben ihnen die wissenschaftliche Grundlage erläutert und haben sie gebeten, ihre eigene Zieldefinition mit einzubringen und am Ende haben wir dann im Prinzip all diese verschiedenen Erkenntnisse zusammengeführt, haben eine zweite Runde gemacht, wieder mit den Seenutzern gemeinsam und haben uns dann auf ein, ja, Maßnahmenbündel verständigt, was dann in einer öffentlichen Informationsveranstaltung in der Stadthalle vorgestellt worden ist und im Anschluss dann auch so als zunächst Eschweger Maßnahmenbündel von dem Magistrat entsprechend dann hier in ihre Gremien hineingegeben worden ist. Wir haben es dann überwiesen an den Ausschuss für Bauen und Umwelt, in dem das Ganze dann auch noch mal eingehend, auch unter Hinzuziehung der wissenschaftlichen Begleitung, dann entsprechend dargelegt wurde.

Die Maßnahmen unterteilen sich in, ja, drei Blöcke. Das sind die Blöcke „Sofortmaßnahmen“, „Sanierungsmaßnahmen“ und „Fortsetzungsmaßnahmen“, wobei diese Blöcke teilweise auch ineinanderfließen.

So ist es so, dass man bei den Sofortmaßnahmen die Maßnahmen hat, die theoretisch sofort umsetzbar wären, so man denn die Mittel hätte, und die sofort ganz oder teilweise einen Effekt haben.

Die Sanierungsmaßnahmen dienen dazu, Phosphoreinträge künftig aus dem See zu reduzieren. Dort haben wir die Maßnahmen z. B. einer Dammabdichtung und Spundwand, die weiter geprüft werden soll. Das soll heute nicht beschlossen werden, sondern es soll ein konkreter Prüfauftrag erteilt werden. Denn um das durchzuführen ist dann entsprechend auch eine Referenzbaugrube erforderlich, um die Wirksamkeit quasi an einem kleinen Stück Werra zu demonstrieren, bevor man dann viel Geld in die Hand nehmen muss. Weiterhin geprüft werden soll eine Grundwasserdrainage am Ostufer, die man dazu nutzen könnte, dann entsprechendes belastetes Wasser dann abzuführen. Was auch ein Dauerbrenner ist, die Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens. Diejenigen, die schon in der letzten Legislaturperiode dabei waren, wissen, die Stadt Eschwege hat gemeinsam mit der Gemeinde Meinhard ein Planfeststellungsverfahren betrieben bis in das Jahr 2013 hinein. Wir haben dort zunächst eine Machbarkeitsstudie gemacht, dann eine hydrogeologische und hydraulische Untersuchung des Sees. Wo uns dann in einem sogenannten Scopingtermin, das ist ein Termin, wo die Fachleute von allen Trägern öffentlicher Belange und vor allen Dingen von jedem Schutzgut, Schutzgut Boden, Schutzgut Wasser, Bergamt, die kommen dann alle zusammen und versuchen dann ihre entsprechenden berechtigten Interessen mit in das Verfahren einzubringen und dort sind uns dann für die Planfeststellung die bekannten Hürden aufgezeigt worden. Das ist einmal die behauptete Vernässungsproblematik in Grebendorf und zum anderen ist es die Hochwasserschutzproblematik, denn man muss wissen, wann immer wir mit Wasser in Berührung kommen, bewegen wir uns auch im EU-Wasserrecht und dort haben wir ein normiertes Verschlechterungsverbot. Das heißt, bei allem, was man tut, muss man nachweisen, dass keine Verschlechterung des jetzigen Zustandes damit einhergeht. Daraufhin, um die Hochwasserschutzproblematik in den Griff zu kriegen, wurde dann eine interkommunale Hochwasserschutzstudie erstellt und da an dem Punkt, die Ergebnisse liegen vor, da liegen wir jetzt. Das heißt, wir können jetzt mit den Erkenntnissen aus dem Verfahren dann die Planfeststellung wieder in Angriff nehmen. Ich brauche dann halt nur den entsprechenden Beschluss. Was man sofort umsetzen kann, wozu ich aber auch einen Beschluss ihrerseits dann benötige, das wäre die Sanierungsmaßnahme der Absenkung der Werra. Das bedeutet sozusagen ein Entgegenkommen des Wasserspiegels der Werra, sozusagen ein Stück weit einen hydraulischen Ausgleich, aber eben keinen Ganzen. Aber es ist zumindest eine geringfügige Verbesserung, zumindest so lange, bis man Gewissheit darüber hat, auf welchem Weg man zum Ziel gelangt, weitere Phosphateinträge dann zu reduzieren.

Der letzte Block betrifft die Fortsetzungsmaßnahmen. Es ist ja entgegen manch weitverbreiteter Meinung, insbesondere in den sogenannten Sozialen Netzwerken, nicht so, dass man nichts tut, sondern dass man insbesondere mit den Seeanrainern, mit den wissenschaftlichen Begleitern eine ganze Menge bereits tut. Die Fischbestandsregulierung ist eine Daueraufgabe, die wir angehen müssen, um die gründelnden Fische aus dem See rauszuholen und damit das Aufwühlen des Sediments zu verhindern. Eine äußerst intensive Uferpflege, die wir auf Eschweger Seite betreiben, die auch dafür sorgt, dass man eben durch nachwachsende Pflanzen und einen entsprechenden Schilfgürtel, dass der gepflegt ist, dass eben die Selbstreinigungskräfte des Sees erhalten bleiben. Das Wildgansmonitoring, zu dem heute in der Zeitung zu lesen war, an dem wir auch als Stadt Eschwege beteiligt sind, was dazu dient, insbesondere Koteinträge von Wildvögeln an den gefährdeten Bereichen, das sind insbesondere die Badestellen, zu reduzieren und sozusagen auch für ein verträgliches Maß an teilweise auch invasiven Arten zu sorgen und es ist natürlich die komplette Unterhaltung des gesamten Areals als auch ein Gewässermonitoring, dass wir also auch den See weiterhin untersuchen lassen, wissenschaftlich begleiten lassen, dass wir Messungen vornehmen, an den Grundwassermessstellen rund um den See weiter untersuchen. Denn wir müssen ja auch darlegen und nachweisen, dass Maßnahmen, die wir ergreifen, auch einen Effekt haben, und das geht nur, wenn man eben auch weiter untersucht und nachschaut.

Wir glauben, dass, wenn man all diese Punkte zusammen betrachtet, wir so etwas haben wie ein Maßnahmenbündel, was wir Ihnen heute vorschlagen können. Und wir als Verwaltung wünschen uns einfach davon, jetzt endlich auch mal eine verlässliche Aussage seitens des Souveräns, nämlich der Stadtverordnetenversammlung, der Politik, ob wir in diese angedachte Richtung auch weitermarschieren können. Denn wenn wir jetzt hier Beschlüsse treffen, dann gilt es zu verhandeln, mit unserem Nachbarn natürlich, lieber Gerold. Es gilt zu verhandeln natürlich auch mit dem Regierungspräsidium als dem Sitz der maßgeblichen Aufsichtsbehörden für all das, was wir am See und an dem Gewässer

tun. Es gilt zu verhandeln mit dem Land Hessen, ob man, wenn man eine ökologische Verbesserung des Gewässers hinbekommt, nicht auch in die Lage versetzt wird, Fördermittel zu bekommen. Und wenn ich dann auf eine eindeutige Beschlusslage verweisen kann, dann stärkt das nicht unbedingt mir alleine, aber vor allen Dingen meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den Rücken, die die ganze Facharbeit machen, und die hierfür für diesen Beschluss in den letzten Monaten äußerst intensiv gearbeitet haben. Herr Mengel, Frau Lenke sind heute hier. Ich möchte mich herzlich bei Ihnen für die Arbeit bedanken. Das war wirklich ganz, ganz viel, was Sie sich da aufgehuckt haben. Vielen Dank dafür an dieser Stelle.

Und darüber hinaus haben wir Ihnen dann auch noch den Jahresbericht des Monitorings in dem entsprechenden Ausschuss präsentiert, der dann auch jetzt vorliegt und dann auch auf der Homepage eingesehen werden kann.

Wir möchten gerne, dass Sie heute zu dem Beschluss kommen, die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem Eschweger Maßnahmenbündel zum Erhalt der Wasserqualität des Werratalsees grundsätzlich inhaltlich zu, grundsätzlich inhaltlich. Die Maßnahmen werden vorrangig umgesetzt, beginnend mit den Sofortmaßnahmen Tauchwand an der Badestelle, also das Einziehen einer Folie, die dafür sorgt, dass wir eben einen Teilbereich des Sees besser kontrollieren können durch kleine Fällungen und durch eine Filtrierung, damit wir eben die Badestelle künftig vor Badeverboten entsprechend schützen können, sowie der sofortigen Sanierungsmaßnahme Absenkung der Werra. Auch das etwas, was wir im Prinzip sofort durchsetzen können. Entgegen mancher Äußerungen in der Presse ist das natürlich nicht kostenfrei, sondern es geht damit auch ein Ertrag verloren, ein Ertrag für die Stadtwerke Eschwege GmbH im Bereich der Stromerzeugung.

Die Phosphatfällung müssen wir unter Finanzierungsvorbehalt stellen. Dort stehen noch Prüfungen an. Einmal brauchen wir auch dafür eine wasserrechtliche Genehmigung, die aber relativ einfach zu bekommen wäre. Zum anderen müssen wir aber auch darlegen, und vielleicht haben wir da die Chance, ich bin da der Anregung eines Stadtverordneten nochmal sehr dankbar, von den Linken, der ist gerade draußen. Aber Herr Gassmann hat uns da nochmal auf einen Weg gebracht, wo wir vielleicht nochmal, dadurch, dass wir das Ganze als Teil eines Bündels und zeitlich begrenzt begreifen und nicht als isolierte Maßnahme, dass wir dann durch diese Kombination vielleicht das Ganze auch investiv darstellen können und damit dann auch über Kredit finanzieren können. Ansonsten wäre es eine Unterhaltungsmaßnahme, die sozusagen aus dem laufenden Geschäft heraus zu finanzieren wäre. Und da fehlt mir derzeit die Phantasie, wie man das machen sollte bei den Summen, wenn man nicht zusätzlich noch Förderungen erhält.

Dazu soll dann die Verwaltung das Mandat erhalten, in Bezug auf Finanzierung und Umsetzbarkeit diese Maßnahme zu prüfen und entsprechende Verhandlungen zu führen. Im Übrigen sind die weiteren Sanierungsmaßnahmen des Paketes allesamt zu prüfen bzw. Planungsverfahren fortzusetzen und voranzutreiben sowie, und das möchte ich hier auch nochmal unterstreichen, auch wenn wir jetzt ein Bündel beschließen, bei Realisierbarkeit den Gremien jeweils zur Beauftragung vorzulegen. Dass wir also jetzt nicht quasi im Paket alles durchwinken, sondern wenn wir dann Einzelpunkte zur Auftragsreife haben, es ihnen vorlegen. Das haben wir ganz bewusst hier in den Beschluss mit hineingenommen, damit Sie sehen, dass Sie auch vor jedem weiteren Schritt gehört werden und mit hineinkommen. Die Fortsetzungsmaßnahmen, sagt der Name, sind weiter durchzuführen. Dann haben wir auf Vorschlag des Ausschusses für Bauen und Umwelt noch den Punkt 3 mit hineingenommen. Das Planfeststellungsverfahren zur Wasserstandshebung des Werratalsees ist fortzusetzen. Das ist eigentlich im Punkt 2 mit enthalten, ist aber hier nochmal deklaratorisch als eine Maßnahme, die gerade den Eschwegern, ja, wirklich auf der Seele liegt, nochmal herausgegriffen worden und wir als Verwaltung haben das mitgetragen bzw. damit kann ich auch sehr gut leben.

Das ist das, was wir hier Ihnen heute vorschlagen möchten. Mein Wunsch ist es, dass wir vielleicht dazu kommen, dass man endlich, zumindest auf Eschweger Seite, zu einer Gewissheit auch kommt, was möchten die Eschweger Gremien für dieses Gewässer tun, und dass wir vielleicht von dieser Diskussion wegkommen, die uns in den letzten Jahren auch von übergeordneten Behörden immer vorgehalten wurde. Ja, die A-Partei möchte gern die Maßnahme Y, die B-Partei hat die Lieblingsmaßnahme Z, die C-Partei ist grundsätzlich gegen alles, was die B-Partei vorschlägt. Das bringt uns an der Stelle

nicht weiter. Deswegen haben wir auch ganz bewusst diesen Prozess gewählt, dass wir wissenschaftlich begleitet, unter Einbeziehung der Seenutzer, Ihnen ein komplettes Bündel vorschlagen, in der Hoffnung, dass wir jetzt hiermit einen Kompromiss gefunden haben, der uns viele Möglichkeiten gibt und der uns vor allen Dingen in der Verwaltung ein starkes Verhandlungsmandat gibt, weil mit so einem Beschluss, den kann ich schwarz auf weiß jedem Entscheidungsträger unter die Nase halten und sagen, den Auftrag habe und den möchte ich gerne umsetzen. Und das möchte ich nicht alleine, das möchte ich am allerliebsten mit Ihnen zusammen. Vielen herzlichen Dank.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön Herr Bürgermeister.

Dieser Punkt war Gegenstand der Beratungen im Ausschuss für Bauen und Umwelt am 22. Oktober. Aus dem Ausschuss berichtet Herr Dr. Bödicker, der Vorsitzende. Bitteschön.“

Stv. Dr. Bödicker (Vorsitzender des Ausschusses für Bauen und Umwelt):

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, der Ausschuss für Bauen und Umwelt, der diesen Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 22. Oktober behandelt hat, empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig vorlagegemäß zu beschließen.

Zunächst erstattete Dr. Wolter den Jahresbericht. Auf Frage von Herrn Montag führt er aus, dass die Hauptlast des Phosphors aus der Werra nicht etwa von Kali & Salz stamme, da die Salz einleiteten, sondern von kleinen Kläranlagen. Dies nahm der Ausschuss zum Anlass, die Verwaltung um Überprüfung zu bitten, ob, auch wenn diese Kläranlagen genehmigt seien, die Phosphatmenge doch gegen EU-Recht eventuell verstoße. Herr Dr. Wolter führte weiter aus, dass mehr Phosphor aus dem Tiefenwasser komme als von außen. Der Phosphor aus dem Tiefenwasser könne auch nach oben gelangen.

Sodann erläuterte Bürgermeister Heppe das vorgesehene Maßnahmenbündel. Er unterstrich, wie wichtig es sei, dass alle Parteien an einem Strang ziehen würden und die Verwaltung durch einen Beschluss ermächtigt würde, das vorgeschlagene Maßnahmenpaket weiterzuverfolgen. Auch bei den als Sofortmaßnahmen apostrophierten Maßnahmen, also insbesondere der Fällung, sollte dies zunächst nur heißen, dass die Fällung sofort möglich sei, aber nicht, dass sie auch sofort, etwa zeitlich vor einer Wasserspiegelanhebung, durchgeführt werden solle. Bevor die einzelnen Maßnahmen, die jetzt weiterverfolgt werden sollen, realisiert werden sollten, sollten sie nochmals die städtischen Gremien durchlaufen. Man wolle nur flexibel sein, etwa wenn der Planfeststellungsbeschluss zur Wasserspiegelanhebung sich wegen Klagen von Anwohnern zu lange hinziehen sollte.

Herr Feiertag machte deutlich, wie zentral wichtig seiner Fraktion die Wasserspiegelanhebung sei, während er die Dammbabdichtung als Abenteuer mit ungewissem Ausgang bezeichnete. Er nannte die Wasserstandsanhhebung die Königsmaßnahme und äußerte, dass alles an eine möglichst schnelle Realisierung der Wasserstandsanhhebung gesetzt werden solle. Es gebe auch schon ein Gutachten, was sich damit beschäftige, was zu tun sei, wenn es tatsächlich durch die Wasserstandsanhhebung zur Vernäsung von Teilen in Meinhard käme.

Die Verwaltung erklärte sich bereit, den Beschlussvorschlag für ein Maßnahmenpaket um einen Satz zu ergänzen, dass das ruhende Verfahren zur Wasserspiegelanhebung mit dem Ziel der Erwirkung eines entsprechenden Planfeststellungsbeschlusses zügig wiederaufgenommen werden solle. Seitens der Verwaltung wurde geäußert, dass man eine Anhebung auf eine genaue Höhe beantragen müsste und nicht etwa eine sukzessive Anhebung sogleich beantragen könne.

Der Bürgermeister führte aus, dass das Verfahren zur Erwirkung eines Planfeststellungsbeschlusses mit Unterstützung der Verwaltung durch eine Fachfirma durchgeführt werden solle.

Bei dieser Gelegenheit habe ich zum wiederholten Male angeregt, dass auch eine auf öffentliches Recht spezialisierte Anwaltskanzlei schon während des Planfeststellungsverfahrens beratend hinzugezogen werden sollte, auch um dabei zu helfen, das Eschweger Maßnahmenpaket mit Meinhard abzustimmen und notfalls deren Zustimmung auf gerichtlichem Wege herbeizuführen. Der Bürgermeister führte dazu aus, dass es jetzt mit der erbetenen Zustimmung zur Maßnahmenpaket erst einmal um den ersten Schritt gehe, mit dem dann die Verhandlungen mit Meinhard in eine entscheidende Phase übergeleitet werden sollten. Schon für nächstes Jahr könnte er sich die Errichtung der Tauchwand an der Badestelle Süd vorstellen, damit im Verbund mit einer Fällung dieses Teils die Bademöglichkeit in diesem Teil des Sees kurzfristig sichergestellt werden könnte.

Die Frage von Herrn Montag, ob dies dann die weitere Planung zum neuen Freibad in Eschwege bremste, verneinte der Bürgermeister.

Aus der Verwaltung wurde mitgeteilt, dass man für das reine Genehmigungsverfahren zur Wasserspiegelanhebung zwei bis drei Jahre veranschlage.

Herr Hölzel fragte nach, ob es für die Maßnahmen des Maßnahmenpaketes irgendwelche Fördermittel gebe. Dazu konnte der Bürgermeister aktuell nichts sagen, ob es etwa über eine Verbesserung des Hochwasserschutzes eventuell Fördermittel gebe, prüfe man.

Herr Grüning gab hinsichtlich der Wasserstandsanhhebung zu bedenken, dass an unterschiedlichen Stellen im See auch saisonal bedingt unterschiedliche Wasserstände seien.

Dr. Wolter führte dazu aus, dass diese saisonal schwankenden Wasserstände noch nicht ausreichend gutachterlich erfasst seien. Das Hauptproblem sei aber der Eintrag während der Sommerzeit. Dr. Wolter führte aus, dass es im März dieses Jahres auf Anordnung einer übergeordneten Behörde zur Senkung des Wasserspiegels auf das planfestgestellte Niveau von 158,64 m über NN habe kommen müssen. Dies habe noch eine höhere Phosphorbelastung des Werratalsees zur Folge. Der Phosphoreintrag liege bei diesem Wasserstand mit einem Faktor 1,7 bis 2,4 über der kritischen Phosphorbelastungsschwelle. Ideal wäre Herrn Dr. Wolter zufolge, wenn der Wasserspiegel des Werratalsees auf 159,64 m über NN angehoben werden könnte und zugleich das Niveau der Werra um 40 cm gesenkt würde. Das würde eine Anhebung des Wasserspiegels, von der planfestgestellten Höhe ausgehend, auf die der Wasserspiegel im März 2018 reduziert wurde, um einen Meter bedeuten.

Herr Heppe hatte dazu ausgeführt, dass das Senken des Niveaus der Werra eine Maßnahme sei, die sofort bewerkstelligt werden könnte. Dann müssten aber die Stadtwerke von der Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss angewiesen werden, dies zu tun.

Herr Heppe machte anschließend deutlich, dass die im Maßnahmenpaket gebündelten Maßnahmen keine Gewichtung oder Priorisierung hätten.

Herr Stadtverordnetenvorsteher gestatten Sie mir, sogleich die Stellungnahme seitens der Koalition aus CDU, FDP und FWG nachzureichen.

Wir begrüßen das Maßnahmenbündel. Aufgrund der Einstimmigkeit der Empfehlung im Ausschuss für Bauen und Umwelt sind wir guter Dinge, dass wir auch hier in der Stadtverordnetenversammlung an einem Strang ziehen und das Maßnahmenpaket beschließen. Damit geben wir unserer Verwaltung ein Mandat, die Rettung des Werratalsees von allen notwendigen Seiten her anzugehen. Wir verschaffen der Verwaltung damit Flexibilität. Wir behalten aber zugleich das Heft des Handelns in der Hand, denn die Verwaltung muss sich vor dem Angehen jeder einzelnen Maßnahme unser Plazet holen. Wir hoffen, dass mit der anderen Seeranrainergemeinde Meinhard in weiteren Verhandlungen einvernehmliche Lösungen gefunden werden können. Wir haben mit dem Maßnahmenbündel die Probleme noch nicht vom Tisch, aber wir haben darin mögliche Lösungsansätze vereint, die geeignet sind, dem in einzelnen Sommermonaten wie in diesem Jahr massenhaften Cyanobakterienbefall beizukommen.

Wir sind damit einen entscheidenden Schritt bei der Lösungsfindung weiter. Wir alle haben in den zurückliegenden Jahren viel Kraft und Zeit auf die Lösung der Seeprobleme verwandt. Ich bin jetzt sei nahezu acht Jahren Stadtverordneter und habe viele engagierte Diskussionen erlebt. Ich erinnere, wie der früher beauftragte Sachverständige Schuller ausgeführt hat, dass wissenschaftlich gesehen, die Seerettung des Werratalsees klar sei. Auch andere Gutachter würden im Ergebnis keine anderen Maß-

nahmen als er empfehlen, nämlich im Kern die Wasserspiegelanhebung und die anschließende Fällung.

Nun haben wir weitere Begutachtungen durchführen lassen, nachdem die Wissenschaftler uns erklärt haben, dass sie noch breitere Datengrundlagen und mehr Messstellen als der frühere Gutachter bräuchten. Dr. Wolter hat uns in dem aktuellen Jahresbericht und in seinen Erläuterungen dazu im Ausschuss für Bauen und Umwelt als eine der Maßnahmen die Wasserspiegelangleichung empfohlen, also die Anhebung des Wasserspiegels des Werratalsees unter gleichzeitiger Absenkung der Werra. Grundsätzlich sei es besser, die Fällung erst danach durchzuführen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass allein die Wasserspiegelangleichung noch nicht hilft, sondern jedenfalls die Fällung auch noch erforderlich sein wird. Die Wasserspiegelanhebung, die Herr Feiertag in der Ausschusssitzung als Königsmaßnahme bezeichnet hat, ist der erste Impetus, den man selbst als Laie hat. Denn erst nach der Vergrößerung der Seefläche für eine Ruderregattastrecke im Jahr 2007 trat der massenhafte Befall mit Cyanobakterien im Werratalsee auf. Dies legt die Folgerung nahe, dass, wenn man zu der Wasserspiegelhöhe aus der Zeit vor der Seeerweiterung zurückkehrt, die Pflanzen wieder weniger Licht bekommen und der temporäre Befall mit Cyanobakterien in den Sommermonaten wieder zurückgeht. Aber inzwischen hat man ja durch die Vergrößerung der Seefläche ein viel größeres Volumen und zudem einen planfestgestellten Wasserspiegel des Sees. Mit einer Anhebung könnte also eine Vernässung einzelner Flächen in Meinhard verbunden sein. Wie der Vorlage auf Seite 4 zu entnehmen ist, wurde seitens des Regierungspräsidiums in einem internen Behördentermin darauf hingewiesen, dass mit der Wiederaufnahme des Planfeststellungsverfahrens durch neu zu erstellende Gutachten eine Vernässung Grebendorfs ausgeschlossen werden müsse. Außerdem müsse Retentionsraum nachgewiesen werden. Im Ausschuss hat man uns seitens der Verwaltung erklärt, dass im weiterführenden Planfeststellungsverfahren, das derzeit ausgesetzt ist, eine Anhebung auf eine bestimmte Höhe gefordert werden müsse. Von vornherein eine schrittweise Anhebung könnte man nicht fordern. Aber wenn eine Anhebung auf eine bestimmte Höhe, wenn man die genehmigt bekäme, bliebe es einem unbenommen, den Wasserspiegel Stück für Stück anzuheben. Im Ergebnis könnte man dann also Stück für Stück anheben, um die Folgen beobachten zu können.

Dr. Wolter hat uns erklärt, dass im März 2018 auf Anordnung einer übergeordneten Behörde der Wasserspiegel auf die planfestgestellte Höhe hätte abgesenkt werden müssen, und dass das zu noch höheren aktuellen Phosphoreinträgen führe.

Nun ist es an der Zeit in den wesentlichen Punkten voranzukommen. Das sind Wasserspiegelanhebung mit anschließenden Fällung. Ebenso sollten wir den weiteren Ansatz einer Dammbabdichtung nicht außen vor zu lassen, denn wir wissen nicht, wie schnell das Planfeststellungsverfahren geht, und ob am Ende die gewünschte Wasserspiegelanhebung tatsächlich planfestgestellt wird. Wir sehen aber auch, dass die Dammbabdichtung keine Maßnahme von der Stange ist und auch die Genehmigungen ihre Zeit brauchen werden. Deshalb ist auch die Referenzgrube bezüglich der Dammbabdichtung unerlässlich. Die Dammbabdichtung muss gehen, genehmigt werden und bezahlt werden können.

Dr. Wolter führt in seinem Jahresbericht auf Seite 70 zur Dammbabdichtung unter anderem aus, dass wahrscheinlich sei, dass sich die Wasserqualität nach einer Dammbabdichtung innerhalb von ein bis zwei Jahren wieder verbessere. Allerdings nur, wenn die Unterwasservegetation im See bis zur Umsetzung der Maßnahme erhalten bleibe. Ob der See nach Durchführung von Sanierungsmaßnahmen, also z. B. der Dammbabdichtung, sofort eine bessere Wasserqualität aufweise, sei nicht sicher prognostizierbar. Er geht allerdings davon aus, dass eine Fällung nach einer Dammbabdichtung nur einmal notwendig würde und der See danach auf lange Zeit eine gute Wasserqualität entwickeln werde. Für die Referenzgrube, für die ca. 250.000 € veranschlagt werden, stehen laut der Vorlage Reste im Investitionshaushalt 2018 zur Verfügung. Für die Dammbabdichtung werden nach derzeitigem Stand insgesamt ca. 2 Mio. € an Kosten entstehen. Die Dammbabdichtung ist in der Beschlussvorlage ausdrücklich unter Finanzierungsvorbehalt gestellt, wie auch die Fällung, wie wir von Herrn Bürgermeister heute auch wieder gehört haben. Bis zur Genehmigung der Dammbabdichtung können ausweislich der Vorlage mehrere Jahre vergehen. Die Dauer der Dammbabdichtung wird in der Vorlage mit zwei bis drei Jahren genannt. Auch die Phosphatfällung muss erst genehmigt werden. Wartet man damit bis nach der Durchführung einer Sanierungsmaßnahme wie der Wasserspiegelangleichung oder der Dammbabdichtung, was Dr. Wolter auf Seite 83 seines Jahresberichtes im letzten Absatz ausdrücklich unter Hinweis darauf empfiehlt, dass ohne eine vorherige Reduktion der Phosphoreinträge die Phosphatfällung

lung durch die fortgesetzten Einträge ein Misserfolg werden könnte, sind die in der Vorlage genannten Winter 2019/2020 lediglich theoretisch dahingehend zu verstehen, dass die Fällung wegen der Genehmigungsbedürftigkeit frühestens zu diesem Zeitpunkt vonstattengehen könnte.

Schnell, also bis zur nächsten Badesaison im Jahr 2019, könnte die Abtrennung und Fällung der Seebadestelle am Südufer vonstattengehen, damit schnell wieder eine sichere Bademöglichkeit an der Eschweger Seite des Sees geschaffen werden kann. Dafür brauchen wir nicht Meinhard. Die Bademöglichkeit im abzutrennenden Bereich ist ein Muss, sowohl für Einheimische als auch für Touristen. Für diese mit ca. 300.000 € in der Vorlage veranschlagte Maßnahme stehen Reste aus dem Investitionshaushalt für 2018 zur Verfügung.

Es geht heute bei der Verabschiedung des Maßnahmenbündels darum, unsere Kräfte in Eschwege zu bündeln, um schnellstmöglich alles für die Seerettung Erforderliche in die Wege zu leiten. Damit lassen wir Gezänk hinter uns und zeigen, dass wir gewillt sind, den Werratalsee zu retten. Wir sind an einem Punkt angekommen, wo der Worte genug gewechselt sind, wir müssen jetzt Taten auf den wesentlichen Gebieten folgen lassen. Es geht nicht mehr darum, wer wem was eingebrockt hat, sondern darum, den jetzigen Zustand zu verbessern. Es geht nicht darum, ob die Politik der Verwaltung bisher keine klare Marschroute vorgegeben hat, oder ob die Verwaltung nicht in wesentlichen Punkten wie der Wasserstandsanhebung das Verfahren nicht zügig genug vorangetrieben hat. Es geht nicht um Schuldzuweisungen in die eine oder andere Richtung. Es geht auch nicht um Rechtfertigung der Verwaltung oder der Politik, was sie alles schon in die Wege geleitet haben. Gewiss waren Eschwege und Meinhard in den letzten Jahren nicht untätig. Meinhard hat die Kanäle saniert. Tonnen von Fisch sind aus dem Werratalsee entnommen worden und Gutachten haben uns dazu geholfen, den See genügend zu verstehen. Jetzt ist der See so gut untersucht, dass die nunmehr beauftragten Sachverständigen uns guten Gewissens die Maßnahmen zur Seerettung vorschlagen konnten. Jetzt sind wir dran. Es geht jetzt nicht darum, politisch auszuschlachten, wer wann was hätte schneller machen können oder gar müssen. Das nützt jetzt nicht wirklich etwas. Jetzt müssen wir entscheiden. Zunächst nur das Bündel aber dann werden weitere Entscheidungen zu fällen sein, nachdem in Meinhard verhandelt worden ist, nachdem ein externes Büro das Planfeststellungsverfahren dann wieder aufgenommen haben wird, nachdem die Finanzierbarkeit der Wasserspiegelanhebung und der Fällung ebenso geklärt sein werden, wie die Machbarkeit, Finanzierung und Genehmigung der Dammbabdichtung.

Wir alle haben, unabhängig von den politischen Mehrheitsverhältnissen, eine große Verantwortung, alles zu tun, damit der See, sollte es finanziell machbar sein, für unsere und die nächsten Generationen zum Schwimmen nutzbar ist. Die Badestelle herzurichten, ist dazu ein erster Schritt, aber er darf nicht der einzige bleiben. Jetzt liegt es an uns, die entscheidenden Probleme zur Seerettung massiv anzugehen. Der See ist von uns Menschen geschaffen und sein weiterer Gedeih und Verderb ist davon abhängig, dass wir die richtigen Schritte entschlossen angehen, ihn vor dauerhaftem Umkippen zu bewahren. Unendlich viel Zeit bleibt uns dazu nicht. Zumal, wenn man befürchten muss, dass wir ähnliche heiße Sommer, wie den dieses Jahr, in Zukunft vermehrt haben werden, die an vielen Seen eine unerwünschte temporäre Blüte von Cyanobakterien nach sich gezogen haben. Also, lassen Sie uns mit dem Maßnahmenbündel einen wichtigen Schritt vorwärtsgehen.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön Herr Dr. Bödicker.
Wird das Wort gewünscht?“

Stv. Feiertag:

„Ja, Herr Vorsteher, meine sehr verehrten Damen und Herren. Erst einmal, Herr Dr. Bödicker, vielen Dank für die ausführlichen Darstellungen. Ich finde das schön immer, wo das Protokoll hier im Hause immer zu kurz kommt, fand ich das sehr gut, dass sie das alles nochmal zusammengefasst haben, vor allem den Bericht aus dem Ausschuss usw. Und uns jetzt quasi hier in die Thematik nochmal so ein Stück tiefer reingeberacht haben. Ich will es jetzt auch gar nicht so lang machen.“

Wir haben in der SPD-Fraktion natürlich auch länger darüber diskutiert und haben nochmal alles abgewogen und einzelne Maßnahmen besprochen und so weiter und so fort. Wir haben ja bei uns auch so ein bisschen schon Fachlichkeit in der Fraktion sitzen und haben das dann da auch nochmal alles abgewogen. Deshalb, so ein paar Anmerkungen möchte ich schon gerne nochmal machen. Wie gesagt, so einen Auszug vielleicht aus der Diskussion bei uns in der Fraktion.

Der erste Punkt ist natürlich Zeit. Sie haben es eben auch schon gesagt, acht Jahre sind vergangen, und, ja, es ist so ein bisschen mmh, mmh, mmh. Wir hätten natürlich die acht Jahre auch nutzen können, um das Ganze ein bisschen konkreter zu machen. Wir haben viel geforscht, wie Sie auch, ja, selber dargestellt haben. Im Prinzip ist da jetzt auch nicht richtig viel Neues bei rausgekommen. Es sind andere, oder es sind weitere Maßnahme dazugekommen. Das ist auch alles richtig so. Aber im Kern ist die Sache jetzt eigentlich die gleiche geblieben, und man hätte die acht Jahre natürlich besser nutzen können. Vor drei Jahren habe ich eben gerade nochmal festgestellt, das war mir schon fast wieder entflucht, irgendwo haben wir dann diesen gemeinsamen, seinerzeit auch schon in der letzten Legislaturperiode, am Ende der letzten Legislatur, diesen gemeinsamen Antrag auch gefasst, eine Matrix zu erstellen von Maßnahmen, also die ganzen, das Bündel quasi der erforschten Dinge nochmal zusammenzustellen, auf deren Basis dann eine Matrix zu erstellen, die Maßnahmen nochmal zusammenzufassen und zu bewerten auch. Und diese Matrix haben wir nun. Seitdem sind aber schon wieder drei Jahre vergangen. Das heißt, es muss jetzt mal so ein bisschen Schwung da irgendwo reinkommen. Wir scharren alle mit den Hufen. Auch das haben Sie ja so dargestellt. Ich will da jetzt nicht auf alten Dingen rumreiten oder sonst irgendwas, oder wer was wo behindert oder völlig egal. Wir müssen jetzt gucken, dass wir da jetzt endlich einen Griff drankriegen. Und, ja, da sind wir auch, wie gesagt, gewillt dazu, das jetzt sofort voranzutreiben.

Wasserspiegelanhebung, das haben Sie ja auch schon gesagt, muss ich jetzt nicht weiter darstellen. Wir haben im Ausschuss auch nochmal dafür gesorgt, dass der dritte Absatz oder der Punkt drei in den Beschlussvorschlag reingekommen ist. Weil, wir haben das in der Diskussion bei uns schon auch immer noch für das probate Mittel eigentlich angesehen. Es verhindert zwar nicht, dass weiterhin in der Werra quasi die Phosphate runtertreiben, wo immer sie auch herkommen, aus der Landwirtschaft. Wir wissen, dass sie zum großen Teil aus Kläranlagen in Thüringen kommen, die noch nicht richtig arbeiten. Auch da haben wir ja nochmal gesagt, unter Umständen müsste man das EU-rechtlich nochmal überprüfen, ob da nicht irgendwo auch ein Hebel anzusetzen ist, um die Wasserqualität der Werra an der Stelle, was die Phosphate betrifft aus den Kläranlagen, zu verbessern. Nichtsdestotrotz, die Wasserspiegelanhebung, also im Prinzip der kommunizierenden Röhren, kann man sich einfach vorstellen. Wasserspiegel hoch. Umso weniger Phosphate kommen aus der Werra rüber und auch aus dem Grundwasser quasi in den Werratalsee rein. Das ist immer noch die Maßnahme, die da jetzt eigentlich eine Kernmaßnahme für uns ist und die muss unbedingt auch weiterverfolgt werden. Dadurch, dass wir jetzt andere Maßnahmen haben, im Kopf haben, darf die nicht aus dem Blick gelassen werden. Das ist unser Anliegen daran, deshalb haben wir das auch nochmal da eindeutig reformuliert. Zum Thema Fällung, ja, Fällung, dadurch, dass wir jetzt quasi acht Jahre Phosphat in den See reinbekommen haben, muss man sich das so vorstellen, das Phosphat ist ja drin und der See hat nun eine eigene Nährstoffquelle. Das heißt, das Phosphat geht wieder in Lösung, sobald jetzt in den späten Sommertagen die Schichtung des Wassers unten sauerstoffarmes Wasser hat, geht das Phosphat selber wieder in die Lösung und der See hat jetzt eine eigene Nährstoffquelle. Dieser Nährstoff muss da drin jetzt gebunden werden, der muss raus. Wie auch immer. Es macht aber natürlich nur Sinn, wenn man da nicht permanent neues Phosphat reinkriegt. Das heißt, dann müsste man ja permanent fällen. Die Fällung, haben wir eben gehört, 250.000 €, 300.000 €, ein Fällungsvorgang. Das können wir uns im Prinzip gar nicht leisten, was weiß ich, das in Jahresabständen permanent zu machen. Das heißt, in irgendeiner Form muss man auch das jetzt irgendwo in Einklang bringen. Das heißt, eigentlich muss man erst den Eintrag abstellen und dann die Fällung machen. Eine Fällung zwischendurch kann eigentlich nur ein Hilfsmittel sein. Das zum Thema Fällung. Aber wir müssen natürlich irgendwann eine machen.

Die Dammabdichtung, ja, Herr Dr. Bödicker hat es schon gesagt, wir haben das mal so genannt: Abenteuer mit ungewissem Ausgang. Natürlich kann das möglich sein. Es wird teuer. Es wird auch erstmal, es ist schon eine Maßnahme auf diesem Damm, eine Großbaumaßnahme auf diesem Damm. So will ich das mal nennen. Das würde uns schon auch wehtun. Den Damm werden wir wahrscheinlich anschließend nicht mehr so richtig wiedererkennen. Da muss Material abgefahren werden, hingefahren werden. Da muss eine Maschine drüber. Die muss auch erstmal standfest da stehen können und so weiter und so fort. Also, das ist eine Großbaumaßnahme, die schon auch Spuren hinterlassen wird und sie ist auch teuer. Sie zählt zum Maßnahmenbündel dazu. Wie nun letztlich die Qualität dieser Maßnahme ist, soll noch erforscht werden, aber sie gehört dazu. Auch da haben wir gesagt, okay, weitermachen. Aber da muss man gucken an der Stelle. Bevor man tatsächlich den Startschuss für so ein Projekt gibt, muss man da nochmal sehr genau hingucken, ob man dann nicht in der Zwischenzeit tatsächlich andere Maßnahmen, ja, für wichtiger hält oder die auch zum Teil günstiger sind und vielleicht auch schneller wirksam sind.

Dabei bin ich dann beim Stichwort Monitoring. Das dürfen wir jetzt auch nicht vergessen. Heißt unterm Strich, was auch immer wir jetzt als erste Maßnahme machen, wir müssen permanent die Wirkungen dieser Maßnahmen überprüfen, bevor wir dann quasi die nächsten Schritte, die nächsten Maßnahmen irgendwo einleiten. Das heißt also, das Monitoring muss weitergehen und wir müssen dann die Maßnahmen, die wir eingeleitet haben, auch ständig weiter überprüfen.

Wir haben das mal zusammengerechnet. Wenn man die ganzen Maßnahmen mal finanziell beäugt, liegen wir, glaube ich, wenn wir es richtiggemacht haben, irgendwas bei 8 Mio. €, oder sowas. Das heißt, ja, muss man eigentlich gar nicht drüber reden, wir können gar nicht alles machen. Es müssen Prioritäten gesetzt werden. Und deshalb haben wir dann auch nochmal oder fanden wir es auch wichtig, dass in dem Beschlussvorschlag unten drinsteht, dass, bevor weitere Maßnahmen, oder vor jeder weiteren Maßnahme nochmal die Stadtverordnetenversammlung befragt werden muss, die dann letztlich aufgrund des Monitorings, was ich eben beschrieben habe, entscheiden muss, leisten wir uns das jetzt noch obendrauf oder nicht. Zum Thema Finanzen, denke ich mir, wird auch klar, auch das muss ein klarer Auftrag an die Verwaltung sein, wir werden das als Stadt Eschwege niemals alleine stemmen können. Es muss eigentlich der Hilfeschrei zum Land gehen an der Stelle. Hätten wir jetzt einen Landtagsabgeordneten, der kann das ja auch gleich weitertragen. Wir müssen auf die Hilfe vom Land hoffen. Wir müssen da Mitfinanzierung vom Land erwarten. Das werden wir alleine nicht hinkriegen. Und wir erinnern uns, ich hole jetzt schon wieder viel zu weit aus, das Thema ist ein großes Thema, aber wir erinnern uns, wir haben natürlich auch EU-Mittel und Landesmittel bereits erhalten, um den See für touristische Zwecke und Naherholungszwecke vorzubereiten und auszubauen. All das wäre ad absurdum geführt, wenn wir den See jetzt in der Wasserqualität nicht weiter oder nicht wieder verbessern können. Und insofern, denke ich mir, muss es auch im Interesse des Landes sein, dass die Mittel, die damals sozusagen in den See geflossen sind, jetzt nicht einfach in den Sand gesetzt wurden, sondern letztlich ist es auch eine Argumentation an der Stelle, wo man sagen muss, wir müssen dann jetzt auch noch machen, die Sanierung des Sees.

Gut, Plane in den See habe ich mir hier als Stichwort aufgeschrieben. Ja, wir sind da so ein bisschen zwiegespalten an der Stelle. Wir wollen den See retten und alle Mittel müssen natürlich auch, die man da einsetzt, müssen eigentlich in die Rettung des Sees oder in die Sanierung des Sees fließen. Jetzt baut man nochmal eine Plane ein. Das ist wieder ein technisches Hilfsmittel, um ein Stückchen vom See irgendwie bebadbar, neuer Begriff, haben wir in der Fraktion erfunden, habe ich noch nie gehört vorher, bebadbar zu halten. Ja, aus touristischen Gründen ist es wahrscheinlich als Sofortmaßnahme sinnvoll zu machen. Auch wenn uns das Geld an der Stelle sehr wehtut und man muss gucken tatsächlich, ob man das im Haushalt darstellen kann. Aber auch da wären wir dabei sozusagen, weil wir haben natürlich, wie gesagt, touristische Infrastruktur. Ich denke an den Campingplatz zum Beispiel, der natürlich drauf angewiesen ist, da auch eine Badestelle zu haben. Und wenn der See regelmäßig im Sommer dann irgendwann zu Ende des Sommers nicht mehr benutzt werden kann, ist es natürlich relativ schwierig.

Stichwort Freibad ist auch schon genannt worden, hatten wir im Ausschuss auch schon gesagt. Sanierung des Sees, die Plane im See, legen wir Wert drauf. Ja, wir haben da ja auch einen Beschluss zu

gefasst. Das steht ja auch noch aus. Das werden wir im Ausschuss nochmal beraten. Wir sehen es unabhängig von der Freibaddiskussion. Also, wir wollen das Freibad eigentlich trotzdem und wir wollen trotzdem Möglichkeiten weiter diskutieren, ein Freibad in Eschwege zu haben. Das darf die Plane im See, so salopp will ich das mal sagen, jetzt nicht verhindern. Also, wir wollen trotzdem am Freibad weiterarbeiten.

Fazit der ganzen Angelegenheit: Wir haben vielleicht in der Diskussion bei uns in der Fraktion an der ein oder anderen Stelle ein bisschen eine andere Gewichtung. Das habe ich nochmal versucht, irgendwo darzustellen, also mehr Richtung Wasserspiegelanhebung. Eins habe ich vergessen, ein Stichwort: Wasserspiegelabsenkung an der Werra. Das würden wir auch mitmachen als Sofortmaßnahme, um ein Zeichen zu setzen letztlich, dass auch die Stadt Eschwege dazu bereit ist und auch die Stadtwerke dazu bereit sind, als Tochter, alles in die Wege zu leiten, um da endlich einen Griff dranzukriegen. Schön finden wir das aber eigentlich auch nicht. Das heißt also, es geht eher letztlich um CO2-Einsparung und regenerative Energien auch. Und da ist es natürlich kontraproduktiv. Wir sind ja alle froh, verdammt nochmal, dass wir an der Stelle mit Wasser Strom machen können. Und das ist ja auch ganz wichtig. Und das tut dann schon weh, finde ich, an der Stelle. Das muss man auch wieder deutlich machen, wir würden es aber mittragen, hoffen dass es nur eine temporäre Maßnahme ist, dass man zu anderen Maßnahmen kommt, sprich auch zu einer Wasserspiegelanhebung des Sees und dann vielleicht sukzessive auch den Werraspiegel wieder für die Stromproduktion ein bisschen hochsetzen kann.

Also, nochmal Fazit: Wir legen vielleicht ein bisschen anderes Gewicht irgendwo. Finden es aber im Prinzip ganz, ganz wichtig, dass wir jetzt auch ein Zeichen dahingehend, und das hat Herr Dr. Bödicker ja eben schon gesagt, ein Zeichen dahingehend setzen, jetzt geschlossen voranzugehen. Und einen Beschluss hier fassen heute, den wir alle einstimmig irgendwo zu Stande kriegen und mit dem man dann auch zum RP ziehen kann und kann sagen, hier wir sind in Eschwege gewillt, alle Register zu ziehen, zu allen Mitteln zu greifen. Einen Beschluss zu fassen, mit dem man dann letztlich auch nach Wiesbaden reisen kann und sagen kann, also, liebe Leute, ihr müsst uns jetzt helfen, auch was die Finanzierung betrifft, auch was den Planfeststellungsbeschluss betrifft. Wir sind hier gewillt, jetzt wirklich hier ja, alles zu machen und an die ganze Angelegenheit einen Griff zu kriegen.

Gut, ja, damit habe ich eigentlich alles gesagt. Wie gesagt, ich hoffe, dass wir da jetzt einen einstimmigen Beschluss hinkriegen und, ja, lassen Sie uns das beschließen.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön, Herr Feiertag. Wird weiter das Wort gewünscht?
Herr Gassmann bitte.“

Stv. Gassmann:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Kollegin und Kollegen, sehr verehrte Zuhörer. Ja, Herr Feiertag sagte es schon. Wir hatten bereits 2015 einen gemeinsamen Beschluss hier gefasst, ohne die Linke allerdings, aber immerhin, es wurde ein großer Beschluss gefasst und getan hat sich letzten Endes nicht sehr viel. Wenn ich jetzt diese Planungen mir angucke, die jetzt auf dem Tisch liegen, muss ich eins feststellen, abgesehen von den Sofortmaßnahmen, haben wir auch jetzt wieder Maßnahmen, die erst wieder in ein paar Jahren greifen werden. Also auch hier wieder ein Zeitverzug. Deswegen betone ich auch das, was Herr Feiertag noch einmal gesagt hat, dass wir hier die Maßnahmen, die wir jetzt beschließen, wirklich unverzüglich und mit allem Elan angehen. Das ist aus unserer Sicht sehr, sehr wichtig.

Zu den einzelnen Maßnahmen ein paar kurze Wörter: Die Dammabdichtung, meine Damen und Herren, bereitet uns Bauchschmerzen. Wir sehen hier hohe Kosten auf uns zukommen und der Nutzen ist

fraglich, wenigstens fraglich. Und ich weiß nicht, ob wir dann vielleicht in ein paar Jahren, wenn wir dann die Dammabdichtung fertig haben, Millionen ausgegeben haben und es verbessert sich nichts. Ich finde es aber positiv, dass hier zuerst einmal eine Testphase gemacht wird, eine Referenzbaugrube ausgehoben wird, aber wo dann halt eben mal getestet werden soll, ob die Dammabdichtung funktioniert, wie es geplant ist. Deswegen finde ich es positiv, dass man hier also erstmal einen Versuch startet.

Die Werraabsenkung, das ist nun eine Sofortmaßnahme, die gleich aber auch voll ins Geld geht. Das muss man auch sagen. Das darf man nicht außen vor lassen. Der Bürgermeister hat es ja auch angedeutet. Da beschließen wir hier etwas, was in der Konsequenz den geringsten Nutzen erreicht aber gleich voll finanziell zu Buche schlägt. Ich bin also sehr kritisch, was diese Geschichte angeht.

Aber ich meine, es ist ein gutes Zeichen. Es ist nicht nur ein Zeichen, sondern es ist auch ein Startsignal, möchte ich mal sagen. Jetzt beginnt etwas. Jetzt wird etwas gemacht. Insofern bin ich da auch ganz optimistisch, ganz positiv gestimmt. Aber wir werden dieses Konzept, die Linke hat es sich nicht einfach gemacht. Uns wurde schon vorgehalten, als ich unsere Entscheidung schon angekündigt habe, wurde uns schon vorgehalten, ja, ihr seid wieder die Quertreiber. Meine Damen und Herren, vorhin wurde von Herrn Dr. Bödicker gesagt, große Verantwortung lastet auf uns fraktionsübergreifend, unabhängig von Parteien, unabhängig von Fraktionen. Das sehen wir genauso. Es liegt eine große Verantwortung in unseren Händen und der müssen wir gerecht werden. Aber, meine Damen und Herren, wir haben uns auch eine Enthaltung überlegt.

Aber, wenn wir der Auffassung sind, hier würde etwas Wesentliches, etwas Grundlegendes übersehen, unterlassen, meine Damen und Herren, dann können wir diesem Antrag leider nicht zustimmen. Und zwar begründen wir das damit, dass die Verursachung des Phosphoreintrags durch die Landwirtschaft im direkten Umfeld des Sees erstens nicht geprüft worden ist, obwohl wir mehrfach drauf hingewiesen haben, und zweitens, dass selbst Erkenntnisse, die gewonnen worden sind und auch in den Gutachten immer wieder zum Ausdruck gebracht worden sind, mit der Phosphorbelastung insbesondere an der Grundwassermessstelle 2, die exorbitant hoch gewesen ist, dass man da einfach so drüber hinweggeht. Deswegen sehen wir uns nicht in der Lage, diesem Antrag zuzustimmen. Meine Damen und Herren, direkt, auch jetzt wieder in dem Monitoring 2018, wird zum Ausdruck gebracht, dass mehr als die Hälfte aller Phosphoreinträge aus dem östlichen Bereich des Nordufers des Sees stammt, mehr als die Hälfte aller Phosphoreinträge. Meine Damen und Herren, und das ist genau die Ecke, an der die landwirtschaftlichen Flächen angrenzen. Das ist genau diese Ecke.

Aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung:

„Das ist Schwebda.“

Stv. Gassmann:

„Nein, östliches Nordufer ist nicht Schwebda, östliches Nordufer ist die Bundesstraße, so im Bereich der landwirtschaftlichen Nutzung. Das ist östliches Nordufer. Sie reden von Ostufer. Aber der Haupteintrag kommt von östlichen Nordufer und das ist, wie gesagt, der Bereich der Grundwassermessstelle 2. Und da ist eben nicht, sie können ja gleich noch einmal dazu Stellung nehmen. Ich wollte eigentlich gar nicht so tief einsteigen in die Einzelheiten. Aber das muss wenigstens gesagt werden. Da oben kommt das meiste Phosphor in den See. Und auch in dem Monitoring 2018 heißt es wieder, oder war es 2017, dass weiß ich jetzt nicht, ich habe mir heute beide nochmal angeguckt, dass die Ursache für diesen hohen Phosphoreintrag am östlichen Nordufer nicht klar ist, aus welcher Quelle dieser Phosphoreintrag kommt. Und, meine Damen und Herren, da liegen landwirtschaftliche Flächen daneben, wo hauptsächlich Energiemais angebaut wird. Energiemais ist eine Pflanze, gerade Energiemais für die Biogasanlagen, eine Pflanze, die unwahrscheinlich viel Phosphor benötigt. Und die Maisflächen, ich habe auch Zahlen dabei, Maisflächen 2007 waren es 50 Hektar, die in Meinhard und in Wanfried. Mais wird immer im Tal angebaut. Das waren 50 Hektar 2007. 2017 waren es 340 Hektar Maisanbauflächen, also das kann keiner abstreiten. Und diese Maisanbauflächen haben 10.000 kg Phosphordüngung notwendig, 10.000 kg Phosphordüngung, die hier im Werratal von Meinhard und Wanfried allein

auf die Maisfelder gekommen ist. 10.000 kg Phosphor Jahr für Jahr. Und da kann mir doch keiner erzählen, dass das keine Rolle spielen kann.

Wenn ich die Begründung in den Gutachten sehe, fällt mir eins auf: Die Gutachten sind hoch professionell. Der Prof. Wolter hat sehr professionell dargestellt alle möglichen Aspekte, wunderbar. Aber in dem Moment, wo es um die landwirtschaftlichen Einflüsse geht, wird dieses Gutachten amateurhaft. Er bezieht sich in diesem Gutachten auf alte Ergebnisse. Er bezieht sich in diesem Gutachten auf Analogien, die er erstellt hat oder die er herangezogen hat, ja. Es fehlt aber, und das sagt er ja auch selber, es fehlt eine genaue Prüfung dieser Grundwasserzuflüsse aus den landwirtschaftlichen Bereichen. Sagt er selber. Und damals war es seitens des Bürgermeisters, zumindest wurde es im Ausschuss zum Ausdruck gebracht, es sei zu teuer, das speziell zu prüfen. Meine Damen und Herren, wir reden hier von 8 Mio. € Investitionen. Da wäre meines Erachtens so eine Prüfung durchaus sinnvoll gewesen und nach meinem Dafürhalten, nach unserem Dafürhalten, auch unbedingt notwendig, um den Einfluss der Landwirtschaft im Umfeld des Sees zu prüfen. Wie gesagt, ich bin kein Fachmann. Ich kann es nicht behaupten. Aber die Anhaltspunkte, die Indizien, sprechen doch hier meines Erachtens eine eindeutige Sprache. Deswegen vermisste ich hier ganz klare Untersuchungen.

Wenn ich jetzt nochmal mir die Drainage angucke, die da in den Raum gestellt worden ist, als mögliche Alternative, meine Damen und Herren, diese Drainage, wissen Sie, wie ich das nenne: Das ist ein Abwasserrohr für die landwirtschaftlichen Abwässer am See. Diese landwirtschaftlichen Flächen, von denen ich rede, nördlich des Sees, bekommen eine Drainage, eine Abwasserleitung und das phosphorbelastete Wasser wird in die Werra geleitet. Meine Damen und Herren, wir tun hier der Landwirtschaft einen Gefallen meines Erachtens. Ich finde das irgendwo ein bisschen zumindest fraglich, ob das alles so richtig ist. Deswegen unsere Ablehnung zu diesem Antrag.

Außerdem möchte ich noch in Zweifel ziehen, ob es zulässig ist, phosphorbelastetes Wasser zu sammeln, um es dann in die Werra zu leiten. Ich kann mir vorstellen, das gibt behördliche Probleme. Also, es soll ja gerade vermieden werden, dass in diese Gewässer, in die offenen Fließgewässer, Phosphor eingetragen wird. Und deswegen wäre es vielleicht dann eine Alternative, wenn man sowas schon macht, dann müsste man das eigentlich in die Kläranlage oder man müsste eine extra Phosphoreliminationsanlage bauen. Wie auch immer. Aber Phosphorabwasser in die Werra zu leiten, halte ich für bedenklich.

So, was aber dieses Gesamtpaket, was dieses Maßnahmenbündel angeht, das will ich ganz klar zum Ausdruck bringen, da steht die Linke im Prinzip dahinter. Würden diese landwirtschaftlichen Aspekte nicht fehlen, würden wir dem Antrag zustimmen können. Wir stehen, und das möchte ich auch ganz ausdrücklich zum Ausdruck bringen, nicht, dass es nachher heißt, ja, in der Stadt Eschwege herrscht ja noch nicht mal Einvernehmen. Meine Damen und Herren, was dieses Maßnahmenbündel angeht, herrscht Einvernehmen, ja. Aber wir gehen halt als Linke einen Schritt weiter und wollten halt eben auch die Landwirtschaft geprüft haben.

Was unserer Meinung nach das Wichtigste sein muss, das ist die Wasserstandsangleichung. Meine Damen und Herren, und jetzt möchte ich auch nochmal an den Bürgermeister Brill und auch an die Gremien der Gemeinde Meinhard appellieren, nicht voreilig irgendwelche Drohungen zu ziehen oder Schlüsse zu fassen, bevor man nicht mit der Stadt Eschwege gemeinsam sich die Thematik angeschaut hat. Und wenn man sich die Thematik Wasserstandsangleichung anschaut, muss man auch wieder in dieses Monitoring 2018 des Prof. Wolter hineinschauen und da heißt es, bis zum Jahr 2015 hatten wir einen Wasserspiegel im See, der 48 cm höher lag, als heute, höher lag, als planfestgestellt, 48 cm. Bis 2015 hatten wir einen Wasserstand, der 48 cm höher war, als der heutige. Und, meine Damen und Herren, mir ist keine Beschwerde, keine Klage, nichts bekannt, wo sich irgendjemand über eine Durchnässung beschwert hätte. Auch die Tankstelle in Grebendorf steht noch. Also ich habe nirgendwo Beschwerden gehört, deswegen, meine ich, müsste eine Wasserstandsangleichung von 48 cm aus dem Stehgreif möglich sein, und ich verstehe auch nicht, warum das von Seiten des Regierungspräsidiums da von vorneherein abgekanzelt worden ist. Und ich verstehe auch nicht, warum der Bürgermeister sich 2013 hat abspesen lassen und hat das dann, das Planfeststellungsverfahren quasi in der Tonne verschwinden lassen, klammheimlich. Keiner wusste was davon. Ich finde es nicht gut. Ich bin der Meinung, wir hätten das von vornherein weiterverfolgen müssen.

Und, meine Damen und Herren, wenn hier von zehn Jahren geredet wird, dann möchte ich hervorheben, dass, wenn man halt eine vernünftige - eine vernünftige, auf Augenhöhe - Kommunikation mit Meinhard stattfinden lässt, bin ich der Meinung, dass man auch eine vernünftige Lösung finden kann. Deswegen, meine ich, sollte man dieses Planfeststellungsverfahren unbedingt beschleunigen und ich denke, das kann in zwei Jahren, schätze ich mal, können die ganzen Gutachten, die noch erforderlich sind – wir haben ja eine Menge Gutachten aus dem Jahr 2014 bereits. Wir haben eine Machbarkeitsstudie. Wir haben eine hydrologische Studie. Wir haben eine hydrogeologische Studie. Wir haben alles schon da. Es muss sicherlich das Eine oder Andere noch nachgeprüft werden und das muss gemacht werden. Gar keine Frage. Das können wir auch machen. Aber damit muss man doch dann mit der Gemeinde Meinhard durchaus Lösungen finden, die für alle Seiten akzeptabel sind.

Wie gesagt, 48 cm aus meinem Dafürhalten überhaupt kein Problem. Und dann eine sukzessive weitere Anhebung bis maximal 1 m. Wenn von 1,30 m die Rede ist, da ist hier was in den falschen Hals gekommen. Kein Mensch fordert eine Wasserstandsanhhebung im Werratalsee von 1,30 m. Das fordert niemand. Deswegen sollten wir mal die Dinge auf dem Boden lassen. Es geht hier um eine Wasserstandsanhhebung von maximal 1 m. 48 cm ist in meinen Augen ganz problemlos möglich.

Was mir noch wichtig ist, ein Hinweis auf die Finanzierung. Herr Feiertag hat eben vollkommen zu Recht das Land Hessen angesprochen, das da auch uns zur Seite stehen muss. Aber, meine Damen und Herren, nicht nur das Land Hessen. Ich bin der festen Überzeugung, auch der Werra-Meißner-Kreis ist in der Pflicht, fachlich und finanziell der Gemeinde Meinhard und der Stadt Eschwege beizustehen. Ich bin mir sicher, da laufen schon Kooperationen und laufen schon Gemeinsamkeiten. Aber das muss auch mehr in die Öffentlichkeit. Es muss auch mehr Engagement seitens des Werra-Meißner-Kreises eingefordert werden. Unser See, unser Werratalsee ist ein Schmuckstück, das wir uns erhalten müssen und ich denke mal, das ist über die Region, also über Eschwege und Meinhard hinaus von touristischer Bedeutung und für den ganzen Werra-Meißner-Kreis von großer Wichtigkeit. Deswegen meinte ich, auch den Werra-Meißner-Kreis einbeziehen.

Ich fasse zusammen: Wir werden dagegen stimmen, aber wir unterstützen dieses Gesamtmaßnahmenbündel. Wir unterstützen das ausdrücklich, insbesondere die Wasserstandsangleichung. Und das möchte ich ganz ausdrücklich zum Ausdruck bringen. Wir unterstützen dieses Maßnahmenbündel, sind aber letzten Endes nicht zufrieden damit, weil eben die landwirtschaftlichen Ursachen ausgeklammert worden sind. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön, Herr Gassmann.
Wird weiter das Wort gewünscht?
Herr Montag, bitte.“

Stv. Montag:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine Damen und Herren, der Dr. Bödicker, der Ausschussvorsitzende, hat mich auf ein Thema nochmal zum Nachdenken gebracht, was ich für ganz wichtig halte, und das ist die juristische Begleitung des Verfahrens, was ich für äußerst wichtig halte. Das habe ich rückgeschlossen auf die Bundesrepublik Deutschland, die nämlich verurteilt wurde von der EU, die Werra als einen der verschmutztesten Flüsse Deutschlands wiederherzustellen. Und da spielt nicht nur K + S eine große Rolle, sondern da spielt auch das Land Thüringen mit den kleinen Kläranlagen, ich hatte es auch im Ausschuss schon mal angesprochen, eine sehr große Rolle. Wir müssen auch die dafür verantwortliche Bundesrepublik, die verurteilt worden ist in diesem Verfahren, mit heranziehen und das wäre nämlich der nächste Partner, der uns auch finanziell zur Seite stehen müsste, die Werra wieder sauber zu bekommen. Und wenn die Werra sauber ist, ist auch der Werratalsee von einem großen Teil Phosphor befreit. Das muss einfach mitgedacht werden.“

Dr. Bödicker und der Herr Feiertag und auch der Herr Gassmann haben zum Ausdruck gebracht, was wir für eine große Verantwortung haben. Ich stelle daher den Antrag:

Alle diese Beiträge, die heute zu dem Thema, zu diesem Tagesordnungspunkt gesagt wurden, in einem Wortprotokoll, und der Stadtverordnetenvorsteher hatte ja gesagt, in Sonderfällen könnte man das machen, auch für die Wichtigkeit vor dem geschichtlichen Hintergrund des Beschlusses, den wir heute fassen, ein Wortprotokoll fertigen zu lassen.

Dankeschön.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön, Herr Montag.

Ich habe da kein Problem. Herr Jatho? Ist notiert. Wird gemacht. Gerne, als Ausnahme, weil es sehr wichtig ist. Ja, die Geschäftsordnung bindet mich ja.

Wird weiter das Wort gewünscht?

Herr Grüning, bitteschön.“

Stv. Grüning:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, liebe Gäste, liebe Stadtverordnete, ich wollte nur ganz kurz klarstellen, vorhin zu dem Bericht. Ich hatte in meiner Anmerkung in dem Bericht von Dr. Bödicker, da ging es nicht um den Wasserstand im See, sondern den Wasserstand der Werra, der sehr stark schwankt über die Saison. Im Winter natürlich ist der Wasserstand viel höher. Und ich hatte da in der Sitzung auch gesagt, dass es wahrscheinlich schier unmöglich ist, den Wasserstand der Werra auf einem Stand wirklich zu halten. Und das kann man eigentlich durch jahrelange Beobachtungen auch belegen, dass das so ist. Deshalb ist das nicht so einfach, damit jetzt schnell einen großen Erfolg zu erzielen, weil man die Werra gar nicht auf einer Höhe halten kann. Das ist mir doch nochmal wichtig, das gesagt zu haben.

Und dann bin ich doch jetzt von den Ausführungen von dem Herrn Gassmann ein bisschen enttäuscht, weil die Fragen zur Landwirtschaft, die haben wir ja definitiv gestellt in den Sitzungen. Auch ich habe das gefragt. Und wir haben da von Gutachtern Antworten bekommen, die für mich eigentlich schlüssig waren. Und der Gutachter hat ja auch, vielleicht waren Sie da auch nicht da in der Sitzung, der Gutachter hat geschildert, dass an vielen ähnlichen Seen das Problem auch durch die Landwirtschaft entsteht. Da hat er darauf hingewiesen. Und er hat aber darauf hingewiesen, dass es ausgerechnet hier bei unserem See eben nicht der Fall ist. Und wir hatten da weiter Gelegenheit, nochmal schärfer, nochmal tiefer einzusteigen, nochmal zu fragen und alles. Und wir waren eigentlich alle überzeugt davon, dass das stimmen muss. Deshalb finde ich das jetzt nicht schön, dass nochmal so, das ist fast wie so ein Nachtreten jetzt nochmal. Und Sie haben eben schon, Sie sagen immer, Sie sind ja kein Fachmann, aber Sie stellen sich da hin und sagen, der Gutachter ist kein Fachmann. Also das kann irgendwie nicht sein. Das passt nicht. Das geht nicht.“

Zwischenruf aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung.

Stv. Grüning:

„Doch, das war so. Das war so. Definitiv. Das ist so gesagt worden, doch, dass der Gutachter seine Arbeit nicht richtiggemacht hat. So habe ich das jedenfalls wahrgenommen. Ob das genauso nachher im Wortprotokoll zu lesen sein wird, ist vielleicht auch gar nicht so wichtig. Aber ich möchte doch jetzt das nochmal gesagt haben, weil das geht mir jetzt eigentlich zu wider, zu dem, was wir hier jetzt alle verantwortlich sagen wollen und, ja, ich würde doch noch um Ihre Zustimmung auch bitten. Danke“

Stv.-V. Hamp:

Dankeschön, Herr Grüning.

Herr Gassmann, Sie sind direkt angesprochen worden. Sie haben das Recht zur Rede. Bitte.“

Stv. Gassmann:

„Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich habe nicht den Gutachter Prof. Wolter in Zweifel gezogen. Ich habe, im Gegenteil, ich habe es unterstützt. Ich habe gesagt, hochprofessionell, sehr überzeugend, ganz in Ordnung. Nur in einem Bereich eben nicht. Und das ist der Bereich der Verursachung durch die Landwirtschaft im Umfeld des Sees. Und dazu sind in der Tat laienhafte Ausführungen gemacht worden. Da fehlt bei weitem diese fachliche Kompetenz, die man bei allen anderen Themenbereichen bei ihm wiederfindet. Da fehlt sie. Und ich könnte das jetzt ausführe. Ich lasse es. Er bringt den Dümmersee als Beispiel und redet von mächtigen, bindigen Oberflächen. Das ist nicht so. Wir haben einen Grundwasserflur Spiegel von 1 m bis 2 m. Andere haben 4 m, 10 m Grundwasserspiegel nach Flurabstand. Wir haben einen von 1 m, 2 m. Das ist ganz wenig, unter der landwirtschaftlichen Fläche. und da ist überhaupt nicht drauf eingegangen worden, auch auf Nachfragen hin nicht eingegangen. Deswegen bleiben wir dabei.“

Stv.-V. Hamp:

„Dankeschön, Herr Gassmann.

Ich denke auch, eine Fachdiskussion, wie sie Gutachter führen, können wir uns hier gar nicht darstellen.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann kommen wir zur Beschlussfassung.

Beschluss:

1. Kenntnisnahme Jahresbericht Monitoring Dr. Wolter und Institut Dr. Nowak
2. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt dem "Eschweger Maßnahmenbündel zum Erhalt der Wasserqualität des Werratalsees" grundsätzlich inhaltlich zu. Die Maßnahmen werden vorrangig beginnend mit den Sofortmaßnahmen Tauchwand Badestelle sowie der sofortigen Sanierungsmaßnahme „Absenkung der Werra“ durchgeführt. Die Phosphatfällung steht unter Finanzierungsvorbehalt. Hierzu erhält die Verwaltung das Mandat, in Bezug auf Finanzierung und Umsetzbarkeit diese Maßnahme zu prüfen und entsprechende Verhandlungen zu führen. Im Übrigen sind die weiteren Sanierungsmaßnahmen des Paketes zu prüfen, bzw. Planungsverfahren fortzusetzen und voranzutreiben, sowie bei Realisierbarkeit den Gremien jeweils zur Beauftragung vorzulegen. Die Fortsetzungsmaßnahmen sind weiter durchzuführen.
3. Das Planfeststellungsverfahren zur Wasserstandsanhebung des Werratalsees ist fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 33, Nein: 2, Enthaltungen: ---

<p>2. Gemeinsamer Antrag der SPD-, Grünen- und Linken-Stv.-Fraktion betr. Ankauf der Bibliothek von Hans-Heinrich (Henner) Koch Vorlage: 2018/0182/SVV</p>
--

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 2.2, Fachbereich 1.11

Stv. Gassmann trägt den Antrag vor, begründet ihn und bittet, vorlagegemäß zu beschließen.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Ankauf der Bibliothek und ggf. anderer bedeutsamer Kunstwerke (Bilder, Fotos) des Hans-Heinrich Koch zu prüfen und entsprechende Haushaltsmittel in den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 einzustellen. Die Büchersammlung ist laut Rolf Hochhuth deutschlandweit von einzigartigem Niveau und sollte deshalb als Ganzes erhalten werden. Über die Ergebnisse ist im Haupt- und Kulturausschuss zu berichten.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich. Auf den Presseartikel in der Werra-Rundschau vom 02.10.2018 wird verwiesen.

Frau Stv. Bierent erklärt, dass eine Sichtung des Nachlasses bereits begonnen habe und man wolle das Ergebnis abwarten. Dann stellt sie folgenden Änderungsantrag:

- *statt im Haupt- und Kulturausschuss zu **berichten**, solle der Antrag im Haupt- und Kulturausschuss **endgültig beraten** werden.*

Stv. Heinz bemängelt, dass der Antragsteller im Haupt- und Kulturausschuss kein Stimmrecht habe und deshalb der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden solle.

Frau Stv. Bierent erwidert, dass der Nachlass nicht in der Öffentlichkeit besprochen werden solle.

Stv. Reyer verteidigt den Ursprungsantrag und es wäre nur ein Prüfauftrag. Über die wichtige kulturelle Angelegenheit soll außerdem in der Stadtverordnetenversammlung beraten werden.

Der Änderungsantrag der CDU-Stv.-Fraktion wird daraufhin zurückgenommen.

Hierfür bedankt sich Stv. Heinz.

Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, den Ankauf der Bibliothek und ggf. anderer bedeutsamer Kunstwerke (Bilder, Fotos) des Hans-Heinrich Koch zu prüfen und entsprechende Haushaltsmittel in den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019 einzustellen. Die Büchersammlung ist laut Rolf Hochhuth deutschlandweit von einzigartigem Niveau und sollte deshalb als Ganzes erhalten werden. Über die Ergebnisse ist im Haupt- und Kulturausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Beschlossen

Ja: 34, Nein: 1, Enthaltungen: ---

3. Magistratsbericht

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.11, Fachbereich 3.2, Fachbereich 3.1

Herr Bgm. Heppe trägt den Magistratsbericht folgendermaßen vor:

1. Auftragsvergaben

Im Berichtszeitraum hat der Magistrat nachstehend genannte Aufträge vergeben:

- | | |
|---|---------------------|
| • Ingenieurleistungen / Planungsleistungen
beim Ausbau der Straße „Am Bahnhof“ | 29.436,61 € |
| • Anschluss der Kläranlage Albungen an das
Zentralklärwerk – Übertragung von
Ingenieurleistungen „Technische Ausrüstung
und Ingenieurbauwerke“ | 55.754,78 € |
| • Ausbau von drei Bushaltestellen im Stadtgebiet
Eschwege – Vergabe der Tiefbauarbeiten | <u>119.910,40 €</u> |
| Gesamtsumme: | 205.101,79 € |

Anschließend beantwortet er noch eine schriftliche Anfrage der Stv.-Fraktion „Die Linke“ zu einem Logistikgebiet Mitten in Eschwege.

Stv. Gassmann fragt nach, ob bekannt sei, dass der betreffende Grundstückseigentümer Nachbargrundstücke aufkaufen wolle und ob eine Erweiterung des Fuhrparks bekannt sei.

Bgm. Heppel erwidert, dass Erweiterungen nicht bekannt seien und eventuelle Grundstückskäufe noch einmal in der Verwaltung geprüft werden.

4. Anregungen

4.1 Homepage Stadt Eschwege

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 1.1

Frau Stv. Grauer bittet darum, besser darauf zu achten, dass alle Sitzungen und die Tagesordnung auf der Homepage der Stadt Eschwege eingestellt werden.

4.2 Absenkung von Bordsteinen, Schlaglöcher und Blindenleitstreifen der Ampelanlage in der Bahnhofstraße

Zuständiger Fachbereich: Eigenbetrieb Baubetriebshof, Fachbereich 2.1, Fachbereich 3.2

Stv. Reyer regt an, beim Übergang in Höhe des tegut-Marktes in der Bahnhofstraße einmal die Bordsteinabsenkung zu überprüfen, denn diese erscheint zu schmal. Bei diesem Übergang und auch bei dem Übergang in der Goethestraße befinden sich außerdem Löcher im Belag.

Stv. Reyer führt weiter aus, dass der Blindenleitstreifen der Ampelanlage direkt auf den Ampelmast zuführt. Hier sollte nach Überprüfung eventuell Abhilfe geschaffen werden.

4.3 Friedhof Eschwege

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.3

Frau. Stv. Strauß regt an, auf dem Eschweyer Friedhof eine Hinweistafel mit den Feldbezeichnungen der Grabstellen anzubringen.

Außerdem ist der Hauptweg von einer schönen Allee gesäumt. Um diese zu erhalten, bittet sie, im Winter dort auf das Streuen von Salz zu verzichten.

4.4 Brücke Umgehung B 249

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Stv. Feiertag führt aus, dass es bekannt sei, dass die Brücke abgerissen werden soll. Er regt deshalb an, dass im Ausschuss für Bauen und Umwelt einmal darüber berichtet wird. Auch über weitere Planungen sollte dort einmal informiert werden.

4.5 Nordumgehung

Zuständiger Fachbereich: Fachbereich 3.1

Stv. Gassmann regt an, dass die Planungen zur Nordumgehung noch einmal gesichtet werden.

Herr Stv.-V. Hamp schließt die Sitzung um 20:49 Uhr.

**UNTERSCHRIFTSBLATT ZUR NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE
SITZUNG DER STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
AM 07.11.2018**

gez. Claus Hamp

Claus Hamp
(Stadtverordnetenvorsteher)

gez. Volker Jatho

Volker Jatho
(Schriftführer)